

DER LANDRAT DES LANDKREISES BAD DÜRKHEIM

Herrn
Ministerpräsident
Alexander Schweitzer
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Bad Dürkheim, 03.03.2025

Finanzielle Situation des Landkreises Bad Dürkheim 2025

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Schweitzer,

auch wenn das Jahr 2025 bereits einige Wochen alt ist, möchte ich es nicht versäumen Ihnen auf diesem Wege ein gutes und gesundes neues Jahr zu wünschen. Vor uns allen liegen große Herausforderungen die es zu bewältigen gilt. Hierfür wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand im Interesse unseres Landes und unserer Kommunen.

Vor etwas mehr als einem Jahr hatte ich mich im Auftrag aller politisch Verantwortlichen im Landkreis an Herrn Staatsminister Ebling und danach auch an Frau Ministerpräsidentin Dreyer gewandt, um auf die höchst schwierige finanzielle Situation des Landkreises und einem Großteil seiner Kommunen hinzuweisen. Ich habe bereits in diesem Schreiben einen dringenden Appell an die Landesregierung zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz adressiert. Leider ist diese Bitte und meine Hinweise zu schwierigen Eckpunkten nicht mit der erhofften Intensität und tiefergehenden Prüfungen bearbeitet und beantwortet worden. Das Land hat leider nur allgemeine Hinweise auf eigene Maßnahmen und die Bemühungen um die Umstellung des kommunalen Finanzausgleiches auf ein bedarfsorientiertes Finanzausgleichssystem gegeben. Wir möchten auch anerkennen, dass die Übernahme von Teilen der Liquiditätskrediten für das Land sicherlich einer großen Anstrengung bedurft hat.

Heute stelle ich jedoch fest: Eine Verbesserung der damals dargelegten Situation ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, was wir im Vorjahr als desaströs angesehen haben, hat nun nochmals eine Steigerung erfahren!

Die Haushaltsplanung des Landkreises Bad Dürkheim zeichnet ein verheerendes Bild unserer kommunalen Finanzausstattung und lässt uns zudem in eine mittelfristige Finanzplanung blicken, die keinerlei Verbesserung erkennen lässt. Wir werden für das Haushaltsjahr 2025 einen Haushalt mit einem Defizit von 24,1 Mio. € vorlegen.

Im Finanzhaushalt ergibt sich eine sog. „negative freie Finanzspitze“. Die ordentlichen Einnahmen reichen nicht aus, um die ordentlichen Auszahlungen zu finanzieren. Die ordentlichen Tilgungen für Kredite können nicht erwirtschaftet werden. Wird die Finanzausstattung nicht verbessert, erhöht sich das negative Eigenkapital weiter rasant. Der Landkreis bleibt überschuldet, der gesetzlich definierte Haushaltsausgleich rückt in utopische Ferne.

Durch die Teilnahme am Entschuldungsprogramm „PEK-RLP“ hat das Land bzw. die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz dem Landkreis Bad Dürkheim Liquiditätskredite in Höhe von 42,3 Mio. € abgenommen. Dennoch besteht durch die katastrophale Haushaltslage nicht im Entferntesten die Möglichkeit des Haushaltsausgleiches. Für die Finanzierung der geplanten Aufwendungen werden auch künftig weitere Liquiditätskredite notwendig sein. Neue Liquiditätskredite dürfen dabei nur noch für drei Jahre aufgenommen werden. Dies führt zu einem Teufelskreis, bei dem bestehende Liquiditätskredite nur durch neue Kreditaufnahmen abgelöst werden können. Die Schuldenspirale wird sich ungehemmt weiterdrehen. Hier lässt sich selbst mit viel Optimismus und Fantasie nicht erkennen, wie eine bereits überschuldete Kommune dem Sog der Verschuldung entrinnen sollte.

Trotzdem möchte ich nicht verkennen, dass eine Schuldenübernahme mit einem Gesamtvolumen von rd. 500 Mio. € durch das Land Rheinland-Pfalz beachtlich ist. Den Zweck, die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Kommunen im Lande zu stärken, hat das Entschuldungsprogramm jedoch verfehlt. Lediglich die Geschwindigkeit, mit der man sich auf der Abwärtsspirale bewegt, wurde durch das Programm etwas gedrosselt. Nun müssen wir aber einen freien Fall befürchten!

Umso bemerkenswerter und gleichzeitig alarmierend ist das Haushaltsdefizit des Landkreises Bad Dürkheim, wenn man bedenkt, dass rund 99 % der Ausgaben auf gesetzliche Pflichtaufgaben entfallen. Ein Ansatz von 1 % der Ausgaben für freiwillige Leistungen genügt weder dem Anspruch einer verfassungsgemäßen kommunalen Selbstverwaltung noch einer angemessenen kommunalen Finanzierung.

Die unzureichende Finanzausstattung führt dazu, dass bereits für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben Schulden gemacht werden müssen.

Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Für das Jahr 2025 rechnen wir mit einer Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um 8,6 Mio. €. Bei der Kreisumlage sind 1,6 Mio. € mehr veranschlagt. Diese Ertragssteigerungen reichen nicht einmal aus, um die Erhöhung des Zuschussbedarfes im Bereich Jugend auszugleichen. Dieser wird in 2025 um 12,2 Mio. € ansteigen. Wesentliche Faktoren sind Aufwandssteigerungen im Bereich Unterhaltsvorschuss, Hilfe zur Erziehung und bei der KiTa-Finanzierung. Der Löwenanteil entfällt hier auf die Aufwendungen im Bereich Kita. Dort herrscht auch das größte Planungsrisiko, wenn es zu Veränderungen bei eingeplanten Trägeranteilen kommt. Leider fehlt bis zum heutigen Tag eine einheitliche Landesregelung zur Umsetzung bzw. Festlegung des Trägeranteils für kommunale Einrichtungen sowie der Beteiligung der im Einzugsbereich liegenden Gemeinden, in welchen eine Einrichtung in freier Trägerschaft betrieben wird.

Wiewohl wir im Vorfeld der Rechtsänderung sehr deutlich auf die Notwendigkeit einer gesetzlich verankerten Regelung hingewiesen haben wurde diese nicht im Gesetz aufgenommen. Durch diese fehlende Regelung und der gesetzlichen Vorgabe, dass die Kostenanteile verhandelt werden müssen, wird ein Keil in die kommunale Familie getrieben. Die prekären Haushaltslagen der Kommunen,

sowie des Landkreises Bad Dürkheim, verursachen eine finanziell nahezu unlösbare Situation und verschärfen diesen Konflikt immens.

Das Land ist aufgefordert, eine anwendbare einheitliche Regelung für die Verhandlungspartner zu finden, um den entstehenden bzw. bereits entstandenen landesweiten Flickenteppich zu verhindern.

Die Kommunen vor Ort verlieren weiter an Handlungsspielraum und Gestaltungsmöglichkeiten, sofern diese überhaupt noch vorhanden sind. Investitionen sind nur noch eingeschränkt möglich, die Daseinsvorsorge wird nicht mehr adäquat sichergestellt werden können.

Gleichermaßen fordern die Kommunalaufsichten eine größtmögliche Kraftanstrengung zur Haushaltskonsolidierung und halten eine unangemessen hohe Umlagebelastung für den kreisangehörigen Raum für akzeptabel. Hier ergibt sich ein weiterer Teufelskreis: Die Landkreise und Verbandsgemeinden werden gezwungen sein, ihre Umlagen „bis zur Erdrösselung“ zu erhöhen. Den Ortsgemeinden wird nur eine Erhöhung der Realsteuern übrigbleiben, um die steigenden Umlagen refinanzieren zu können. Was folgt, ist eine weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger. In diesem Zusammenhang mutet es befremdlich an, dass gleichzeitig das Land aus den vergangenen beiden Jahren einen Finanzmittelüberschuss von 1,1 Milliarden Euro ausweist, wie dies in einer Presseerklärung des Rechnungshofes veröffentlicht wurde. Verständnis hierfür kann von den kommunalen Gremien sicherlich nicht erwartet werden.

Zum Kreishaushalt: Durch eine konsequente interne Prüfung unter Beteiligung einer Kommission zur Haushaltskonsolidierung haben wir für das Jahr 2025 einen Haushaltsentwurf verabschiedet, der unsere größtmögliche Kraftanstrengung darstellt. Zu Beginn der Haushaltsplanung ergab sich nach allen von den Fachbereichen gemeldeten Bedarfen ein voraussichtlicher Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt in Höhe von 40,2 Mio. € (!). Wir haben dieses voraussichtliche Defizit sehr ernst genommen und mehr als gewissenhaft hinterfragt. Weiterhin wurden Einsparpotenziale ebenso erörtert wie die Möglichkeit, Einnahmeerhöhungen zu generieren. Diese größtmöglichen Kraftanstrengung entstammt nun das endgültige Defizit in Höhe von 24,13 Mio. €. Dieses sehen wir mit größter Ernüchterung und Sorge.

Die Haushaltsplanung gleicht einem Kampf gegen Windmühlen, ist mehr als frustrierend und zeigt uns von Mal zu Mal die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit unseres Landkreises auf. Es wirkt vernichtend und macht mich in meiner Verantwortung als Landrat ebenso fassungslos wie die Mitglieder in den Kreisgremien, wenn wir bedenken, dass uns schlicht die Hände gebunden sind und uns die Werkzeuge für eine gute sowie schnelle Veränderung fehlen. Gleiches gilt für die Ortsgemeinden, deren Spielräume einem starren Korsett gewichen sind. Bei vielen ist das Korsett nicht nur einengend, sondern raubt die Luft zum Atmen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich appelliere dringend an Sie und fordere Sie eindringlich auf, den kommunalen Finanzausgleich ebenso wie die Standards unserer gesetzlichen Pflichtaufgaben auf den Prüfstand zu stellen. Die Daseinsvorsorge durch die Kommunen muss für diese wieder finanzierbar werden!

Hierfür ist Ihre sofortige Aufmerksamkeit ebenso erforderlich wie die der gesamten Landesregierung. Stellen Sie den Kommunen insgesamt mehr Mittel zur Verfügung, um die Situation der Kommunalfinanzen zu entlasten. Deshalb

ist es unerlässlich, den kommunalen Finanzausgleich unverzüglich und nicht erst -wie im Gesetz vorgesehen- 2026 zu evaluieren. Die völlig unzureichende Finanzausstattung der kommunalen Familie gefährdet die Demokratie. Die Infrastruktur vor Ort wird vernachlässigt, dies erzeugt zunehmend hohe Frustration, die dörfliche Gemeinschaft leidet, demokratiefeindliche Parteien werden gestärkt. Es muss unser gemeinsames Anliegen sein, hier gegenzusteuern.

Außerdem ist es erforderlich, in einem weiteren Schritt nach gemeinsamen Wegen zu suchen, um die fundamentalen Belastungen der kommunalen Familie zu reduzieren. Hier muss es eine Diskussion um Gesetze und Verordnungen zu den gesetzten Standards und zum Erfüllungsaufwand geben. Dabei muss in jedem Fall die Frage der Konnexität ausdrücklich betrachtet und hinterfragt werden. Die Kommunen dürfen nicht zu den unterbezahlten Erfüllungsgehilfen der Landes- und Bundesgesetzgebung verkommen.

„Bürokratie- und Standardabbau“ dürfen nicht nur leere Worte sein! Vielmehr ist es bereits jetzt unsere dringende und aktuelle Herausforderung, Wege zu finden, die eine sinnvolle Staatsorganisation und Verwaltung auf all ihren Ebenen ebenso leistbar wie bezahlbar macht.

Das Land Rheinland-Pfalz, die Landesregierung und Allen voran Sie als Ministerpräsident müssen hier umgehend wesentliche Weichen stellen. Dies ist meine offene und verbindliche Erwartung an Sie. Sehr gerne erwarte ich Ihre Erwiderung und die Lösungsvorschläge der Landesregierung.

Hochachtungsvoll



Hans-Ulrich Ihlenfeld

Anlagen:

- Unterschriften aller Verbandsbürgermeister, Bürgermeister und Ortsbürgermeister des Landkreises Bad Dürkheim
- Unterschriften des Kreisvorstandes des Landkreises Bad Dürkheim

Unterschriften des Kreisvorstandes des Landkreises Bad Dürkheim



Timo Jordan
Erster Kreisbeigeordneter



Sven Hoffmann
Kreisbeigeordneter

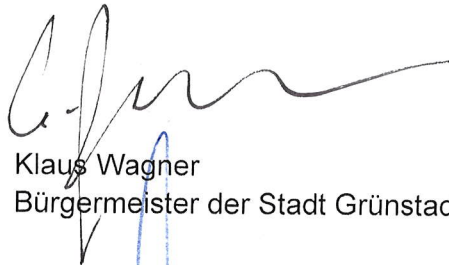


Jonas Bender
Kreisbeigeordneter

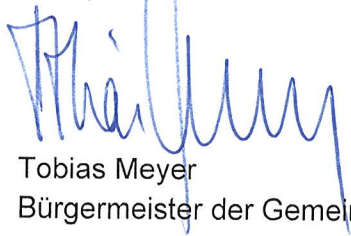
**Unterschriften aller Verbandsbürgermeister, Bürgermeister und
Ortsbürgermeister des Landkreises Bad Dürkheim**



Natalie Bauernschmitt
Bürgermeisterin der Stadt Bad Dürkheim



Klaus Wagner
Bürgermeister der Stadt Grünstadt

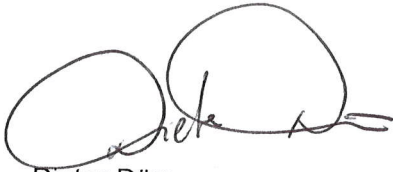


Tobias Meyer
Bürgermeister der Gemeinde Haßloch



Carsten Borck
Erster hauptamtlicher Beigeordneter der Gemeinde Haß och

**Unterschriften aller Verbandsbürgermeister, Bürgermeister und
Ortsbürgermeister des Landkreises Bad Dürkheim**



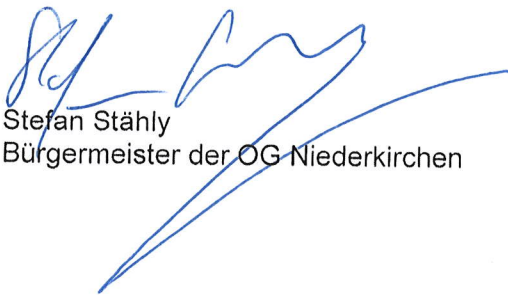
Dieter Dörr
Bürgermeister der VG und Stadt Deidesheim



Thomas Keller
Bürgermeister der OG Forst



Silke Hoos
Bürgermeisterin der OG Meckenheim

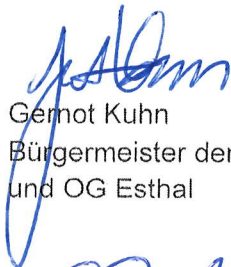


Stefan Stähly
Bürgermeister der OG Niederkirchen



Peter Benoit
Bürgermeister der OG Ruppertsberg

Unterschriften aller Verbandsbürgermeister, Bürgermeister und
Ortsbürgermeister des Landkreises Bad Dürkheim



Gernot Kuhn
Bürgermeister der VG Lambrecht
und OG Esthal

Rene Verdaasdcnk
Bürgermeister der OG Elmstein



Florian Seiberth
Bürgermeister der OG Frankeneck



Andreas Ohler
Bürgermeister der Stadt Lambrecht



Carsten Kus
Bürgermeister der OG Lindenberg




Sybille Höchel
Bürgermeisterin der OG Neidenfels




Ralf Kretner
Bürgermeister der OG Weidenthal


**Unterschriften aller Verbandsbürgermeister, Bürgermeister und
Ortsbürgermeister des Landkreises Bad Dürkheim**



Jürgen Oberholz
Bürgermeister der VG Freinsheim



Dr. Jürgen Schneider
Bürgermeister der OG Bobenheim a. B.

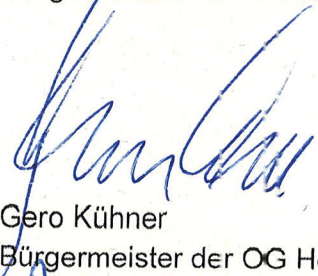


Dr. Matthias Fankhänel
Bürgermeister der OG Dackenheim



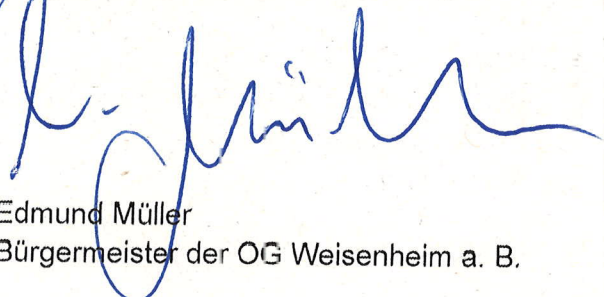
Matthias Wühl
Bürgermeister der OG Erpolzheim

Jochen Weisbrod
Bürgermeister der Stadt Freinsheim




Gero Kühner
Bürgermeister der OG Herxheim a. B.

Dr. Thomas Jaworek
Bürgermeister der OG Kallstadt

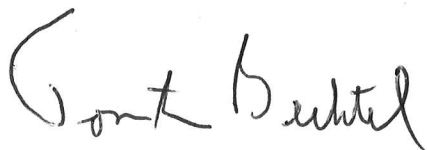


Edmund Müller
Bürgermeister der OG Weisenheim a. B.

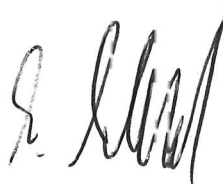


Holger Koob
Bürgermeister der OG Weisenheim a. S.

Unterschriften aller Verbandsbürgermeister, Bürgermeister und
Ortsbürgermeister des Landkreises Bad Dürkheim




Torsten Bechtel
Bürgermeister der VG und
Stadt Wachenheim



Elke Stachowiak
Bürgermeisterin der OG Ellerstadt



Anja Bletzer
Bürgermeister der OG Friedelsheim



Wolfram Meinhardt
Bürgermeister der OG Gönheim

**Unterschriften aller Verbandsbürgermeister, Bürgermeister und
Ortsbürgermeister des Landkreises Bad Dürkheim**



Frank Rüttger
Bürgermeister der VG Leiningerland



Benjamin Claus
Bürgermeister der OG Altleiningen



Eric Bach
Bürgermeister der OG Battenberg



Kerstin Ort-Bausbacher
Bürgermeisterin der OG Bissersheim



Uli Keidel
Bürgermeister der OG Bockenheim



Patrick Schmitt
Bürgermeister der OG Carlsberg



Jens Schlüter
Bürgermeister der OG Dirmstein



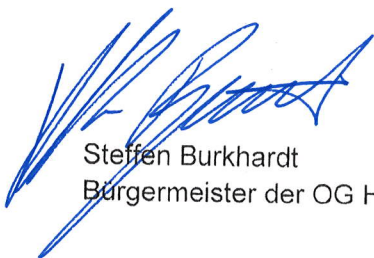
Bernd Findt
Bürgermeister der OG Ebertsheim



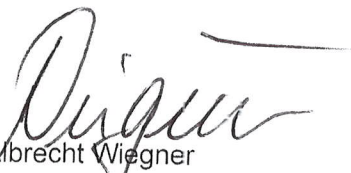
Simone Ulrich
Bürgermeisterin der OG Gerolsheim



Fritz Wichmann
Bürgermeister der OG Großkarlbach

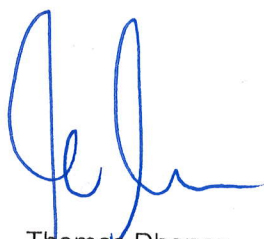


Steffen Burkhardt
Bürgermeister der OG Hettenleidelheim



Albrecht Wiegner
Bürgermeister der OG Kindenheim

Unterschriften aller Verbandsbürgermeister, Bürgermeister und
Ortsbürgermeister des Landkreises Bad Dürkheim



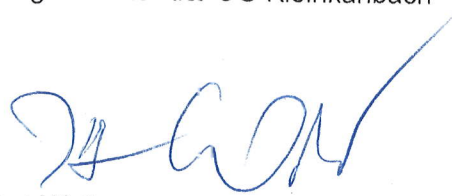
Thomas Dhonau
Bürgermeister der OG Kirchheim



Daniel Krauß
Bürgermeister der OG Kleinkarlbach



Thomas Diehl
Bürgermeister der OG Laumersheim



Kurt Waßner
Bürgermeister der OG Mertesheim



Johannes Nippgen
Bürgermeister der OG Neuleiningen



Michael Schütz
Bürgermeister der OG Obersülzen



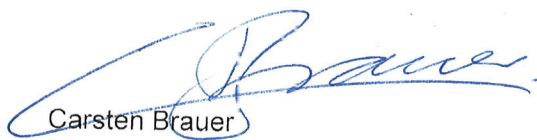
Nicole Eicher
Bürgermeister der OG Obrigheim



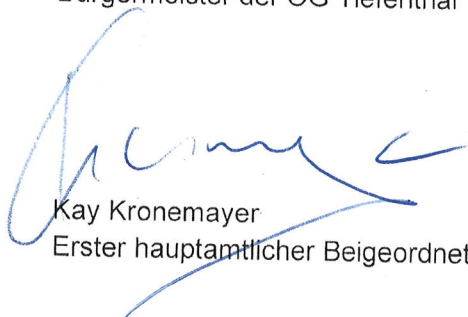
Michael Kernst
Bürgermeister der OG Quirnheim



Edwin Gaub
Bürgermeister der OG Tiefenthal



Carsten Brauer
Bürgermeister der OG Wattenheim



Kay Kronemayer
Erster hauptamtlicher Beigeordneter der VG Leiningerland